

Protokoll

Über die Konferenzsitzung des Landtages vom 11.12.1941

Beginn vormittags 9 Uhr.

Abwesend Abgeordneter Franz Eberle

Reg. Vertreter Reg. Chef

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Präsident kommt auf die Sache wegen der Berechtigung der Geschäftsprüfungskommission zur Einholung von Informationen bei der Sparkasse zu sprechen und verliest ein Schreiben des Verwaltungsratspräsidenten, sowie des Direktor Batliner's. Der Landtag stellt fest, dass sich die Aussage Dir. Batliner's der ger GPK gegenübersteht und sich nicht deckt. Festgestellt wird, dass sich alle 3 Mitglieder der GPK bei Dir. Batliner im Amtszimmer befanden. Auf eine weitere Behandlung tritt der Landtag nicht ein.

1. Gesetz betr. Versicherungspflicht der Fabrikseinhaber für ihr Arbeitspersonal.

Die Gesetzesvorlage wird in der 1. Lesung durchgenommen.

~~MMMM~~ In Art. 1 wird das Wort Hilfspersonal durch das Wort "Arbeitspersonal" ersetzt.

In Art. 3 Zif. 1 wurde über Antrag des Präsidenten zwecks Vermeidung fälschlicher Auslegung das Wort "inbegriffen" durch die Worte "zu verstehen" ersetzt.

In Art. 3 Ziffer 2 wird zur Klarstellung ^{en/} ~~wird/nach~~ Taggeld die Worte " " während des in Ziffer 1 erwähnten Zeitraumes" hinzugefügt.

Bühler wünscht, dass der Spitalaufenthalt besser bezahlt werde Chef hält die Übernahme der gesamten Spitalkosten für nicht möglich, da das zu weit führen würde. Man müsse im Rahmen der Statuten bleiben, die die Versicherungsgesellschaften aufgestellt hätten.

Dr. Schädler beantragt, die notwendigen Heilanstaltskosten von 85 auf 100% hinaufzusetzen

Sele rügt die niederen Löhne in der Ramco. Er beantragt, die Postautobeiträge und Beihilfen für die Arbeiterinnen zu sperren. Präsident verweist darauf, dass eben damals im Zeitpunkte der Grün-

Präsident verweist darauf, dass eben damals im Zeitpunkte der Gründung der Fabrik andere Arbeitsverhältnisse im Lande gewesen seien. Man sei froh gewesen, eine Industrie ins Land gebracht zu haben, er

würde die Türe nicht verschliessen, aber mit der Ramco wegen Erhöhung der Löhne verhandeln. Insbesondere auch mit Rücksicht auf die Kriegszeit.

Risch ist auch für Streichung der Postautobeiträge. Es wäre besser, wenn die Mädchen etwas lernen würden. Im übrigen würde er auch Verhandlungen mit der Ramco aufnehmen.

Schädler ist nicht dafür, dass man noch die Mädchen schädigt, er ist auch für Aufnahme von Lohnverhandlungen.

Präsident Die Hauptsache für die Mädchen sei wohl, dass sie saubere Arbeit haben und man denke weniger darüber nach, ob man verdiene oder nicht. Es sei schon vorgekommen, dass Leute bei der Regierung um Unterstützung angesucht haben und darauf verwiesen, dass ihre Tochter in die Ramco gehe und sie kämen nicht aus.

Dr. Schädler beantragt, inskünftig an solche Leute keine Unterstützung mehr zu verabfolgen. Die Löhne seien zu niedrig und die Leute sollen heraus aus diesem Betriebe und dann müsse das Unternehmen auch andere Löhne bezahlen.

Präsident erwähnt, dass wenn eine gehe, stehen gleich wieder 10 andere vor der Türe. Sie schauen die saubere Arbeit an.

Sele erkundigt sich, wie lange die Ramco Rückersätze bekomme und steuerfrei sei.

Reg. Chef teilt mit, dass seines Wissens diese Zeit bald vorbei sei, glaublich 1942 hören diese Rückersätze auf. Beschäftigt seien nach einer Erkundigung bei der Ramco 193 Mädchen mit Löhnen von 40-60 Rp plus 20% Teuerungszuschlag und zwar hätten sie bis 10.2.41 10% gehabt und seither 20% Zuschlag. Er würde sich hüten einzugreifen, sonst gehe ein Spektakel los, wie schon mehr.

Sele bezweifelt die Gewährung eines Teuerungszuschlages und beantragt, Lohnlisten einzufordern.

Dr. Schädler glaubt nicht, dass die Autofahrtkosten gesperrt werden sollen, da auch andere Mädchen aus anderen Betrieben diese Vergünstigung geniessen.

Bühler beantragt in Art. 3 Streichung der Leistungen für Wöchnerinnen, soweit es sich um ledige handelt. Er möchte nicht ein Gesetz machen, wo unsittliche Handlungen noch unterstützt werden,

Dr. Schädler ist gegen diesen Antrag, da diejenigen dadurch mehr

betroffen würden, die weniger unsittlich seien. Dieser einzelne Fall in Ruggell gehe über den Rahmen hinaus.

Präsident unterstützt den Antrag Dr. Schädler's. Der Fall in Ruggell laufe scheinbar nicht in Ordnung. Solche Sachen aber dürfe man nicht unterstützen. Wenn man durch den Antrag Böhlers die Moral heben würde, würde man etwas Gutes tun, aber wir verbessern nicht, sondern fördern eine andere Sache hinter den Kulissen.

Böhler glaubt, dass es deswegen nicht mehr Abtreibungsfälle gebe. Es werde übertrieben.

Sele glaubt, wenn der Antrag Böhler's angenommen werde, werde sich der Landtag im In- und Ausland gottlos blämieren. Beim Fall in Ruggell wollte der Betroffene um die Bezahlung der Krankenkasseprämien herunkommen.

Böhler zieht seinen Antrag zurück und ist über die Ausführungen des Präsidenten bezügl. des Falles in Ruggell befriedigt.

In Art. 4 beantragt Sele, dass während der Dauer der Krankheit ein Dienstverhältnis nicht aufgelöst werden könne.

Präsident ist nicht für Komplizierung des Gesetzes. Das gehöre in das Arbeiterschutzgesetz.

Reg. Chef führt aus, dass diese Sache im Fabrikgesetz schon geregelt sei.

Nach vorgenommener 2. Lesung beginnt die öffentliche Sitzung.

Fortsetzung 2 Uhr.

2. Teuerungszulage für die Beamten und Angestellten.

Reg. Chef bemerkt, dass die Beamtenschaft neuerdings das Ersuchen um Gewährung einer Teuerungszulage für 1942 mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung auf der Basis von 12% der gesamten Gehaltssumme gestellt habe, was ungefähr Frs. 55,000.- ausmache.

Sele verweist ~~man~~ darauf, dass die Arbeiterschaft auch mit Forderungen kommen werde. Er werde später darauf zurückkommen.

Böhler findet die Ansprüche der Beamtenschaft als sehr bescheiden und er empfiehlt stattgebung.

Kindle ist für Verschiebung dieses Punktes, worin er von Heinr.

Brunhart unterstützt wird. Sie möchten die Sache noch in ihrer

Fraktion behandeln.

3. Behandlung des Budgets für 1942

Reg. Chef nimmt die Lesung des Voranschlages vor und gibt zu den einzelnen Punkten die gewünschten Auskünfte und Aufklärungen. Bei ~~MMMM~~ Tit. IX ist Kindie für evtl. Auflösung der Gemeindegemeinschaften oder aber für Neubestanzung von Stellen, die mangelhaft versehen werden.

Sele spricht gegen die Aufhebung derselben aus.

Die Angelegenheit sollte das nächstemal eingehender behandelt und abgeklärt werden.

Reg. Chef bemerkt, dass der Antrag erflossen sei, wieder eine Säuglingsfürsorgerin zu bestellen. Es sei aber keine ausgebildete Person da und das sollte unbedingt sein, wenn auch ein Erfolg erwartet werden.

Brunhart Heinr. glaubt, dass die Hebammen hier eingreifen und diese Arbeit übernehmen könnten.

Kindie ist für diesen Antrag und beantragt entsprechende Entlohnung.

Bühler regt für diesen Fall ein Dienstbuch an. Er verweist auch bei dieser Gelegenheit auf einen Misstand bei der TBC-Untersuchung der Kinder. Es sollten immer ein gutervund ein schwächer qualifizierter Arzt miteinander ~~manhan~~ ihres Amtes walten und nicht 2 gute miteinander und 2 minderqualifizierte Aerzte.

Sele fragt an, ob es nicht möglich wäre, dass auch ein Beitrag bürgertiert werden könnte für eine Ausgleichskasse der Arbeiterschaft.

Reg. Chef klärt auf, dass gegenwärtig die Regierung die Frage prüfe, wobei die Sperrung dieser Ausgleichskasse mit Mitteln der Kriegszuschlagssteuer ~~mananzmanh~~ gedacht sei.

Kindie rügt, dass die Zinseneintreibung der Sparkasse nicht bei allen mit gleicher Strenge vorgenommen werde.

Brunhart Heinr. klärt auf, dass alles gleich behandelt werde und keine Rücksichten geübt werden.

Sele rügt, dass die Samstag-Nachmittage nicht überall eingehalten worden seien. So sei am letzten Samstag Nachmittag in der neuen Fabrik in Eschen gearbeitet worden.

Präsident glaubt, dass der Grossteil der Arbeiterschaft lieber schaffen und verdienen würde.

Tit. X, Zinsen.

Reg. Chef stellt die Frage der Veretilung der 1.5 Millionenanleihe zur Diskussion. Er würde beantragen, 1 Milllion für das Land zu übernehmen und Fr. 500,000 der Sparkasse für ihre Zwecke zu überlassen, der Landtag sollte das noch beschliessen. Der Betrag werde ausschliesslich für Bauarbeiten (Kanal, Escheu etz.) verwendet. Er wünscht ferner, dass die Drainagedarlehen der Sparkasse in einer möglichst kurzen Zeit von etwa 4-5 Jahren zu amortisieren seien.

Brenhart Hähnt. glaubt, dass das nicht mehr gut gehe, nachdem man schon einigen eine Amortisationsfrist von 10 Jahren eingeräumt habe.

Präsident macht den Vorschlag, dass die Regierung den Vertrag auf dieser Basis der Verteilung der Anleihe ausarbeitet und denn denselben dem Landtage vorlegt.

Die nächste Sitzung wird für Donnerstag, den 18.12.41 zur weiteren Behandlung des vorbesprochenen Budgets angesetzt.

*Minister
Franz Eberle*